

Visionen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung oder eines Zeitalters der Gewaltfreiheit und der Ächtung des Krieges scheiterten einfach an den politischen Realitäten.

Vielleicht lag es daran, daß die häufige Rede von der Umkehr von vielen als Rückkehr zum Ausgangspunkt der getrennten deutschen Geschichte verstanden wurde. Wahrscheinlicher aber ist, daß die christlich verorteten Visionen der Dresdner ökumenischen Erklärung zwar die Aufbruchstimmung geschaffen haben, die den Abgesang des sozialistischen Ancien régime einleitete; aber für eine eigenständige Umgestaltung der Gesellschaft fehlten die konkreten Vorstellungen ebenso wie die Machtinstrumente. Insofern führte der konziliare Prozeß in der DDR zu einer typisch „protestantischen Revolution“. Die im Protestantismus tief verwurzelte Scheu vor der Macht ließ es gerade noch zu, die Moderation an ungezählten Runden Tischen zu übernehmen. Als es um die Besetzung der politischen Ämter ging bei der Durchsetzung neuer Strukturen und Rechtszustände, da waren die katholischen Christen viel eher bereit mitzuwirken.

In der Ökumene selbst haben die gesellschaftspolitischen Anregungen aus den DDR-Kirchen die Vorstellung genährt, man könne zwischen der Scylla des autoritären Sozialismus und der Charybdis eines Manchester-Kapitalismus einen dritten Weg zur sustainable society bzw. zur „verantwortbaren Gesellschaft“ finden. Von den Vertretern der überwiegend orthodoxen Kirchen aus den anderen sogenannten sozialistischen Ländern waren solche Überlegungen aus ihrem theologischen Selbstverständnis heraus nicht zu erwarten. In den westlichen Ländern, darüber täusche man sich nicht, gab es dagegen viele besonnene Christinnen und Christen, die zwar keine radikale, aber eine graduelle Veränderung der Wirtschafts- und Sozialordnung durchaus für nötig hielten. Daß derzeit alle solche Ideen als Illusionen abgetan werden, ist gewiß nicht das letzte Wort zum Erbe ökumenischer Sozialethik, die zweifellos auch von den evangelischen Kirchen in der DDR bereichert worden ist. Vielen Dank. (Beifall)

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Ganz herzlichen Dank, Herr Dr. Planer-Friedrich. Wir schließen unmittelbar an mit Frau Heike Schmoll.

Heike Schmoll: „Die ökumenische Arbeit der Kirchen in der DDR unter politischen Aspekten“

Ich habe zur Vorbereitung dieses Referats die Akten der Arbeitsgruppe für Kirchenfragen beim Politbüro der SED benutzt und die Unterlagen des Evangelischen Zentralarchivs; in einem Fall auch eine Akte aus der Behörde des Bundesbeauftragten bearbeitet. Es handelt sich dabei um die Akte Ulrich von Brück – IM Zwinger. Es gibt zahlreiche Hinweise darauf, daß die evangelische Kirche von der Staatsführung gezielt eingesetzt wurde, um bestimmte außenpolitische Ziele durchzusetzen. Um dies zu belegen, werde ich mich auf drei politische Aspekte beschränken: erstens, die Vorbereitung zur Aufnahme

in die UN; zweitens, die Bedeutung des Anti-Rassismusprogrammes; drittens, das Engagement für die Menschenrechte. Vor allem über letzteres könnte man ein eigenes Referat halten. Ich bin also auch zu Vergrößerungen gezwungen.

1. Die Aufnahme der DDR in die Vereinten Nationen:

Nachdem der am 28. Februar 1966 vom Staatsrat der DDR gestellte Antrag auf Aufnahme in die UN gescheitert war, gelang es der DDR auch nicht, in einzelne UN-Spezialorganisationen, wie in die WHO, aufgenommen zu werden. Es war nicht nur die politische Großwetterlage, die die völkerrechtliche Anerkennung der DDR vorbereitete. Es waren auch nicht die Beziehungen zur dritten Welt, der DDR-Außenhandel, der in jeder Phase die diplomatische Anerkennung des Staates unterstützen sollte. Vielmehr gab es ganz gezielte Vorbereitungen von seiten des Staates wie der Kirchen bis zur Aufnahme der DDR in die Vereinten Nationen am 18. September 1973.

Die Anfänge einer außenpolitischen Orientierung der ökumenischen Verhältnisse lassen sich bis in die Zeit der sowjetischen Besatzungszone zurückverfolgen. Dort heißt es in einer in den Akten der Arbeitsgruppe Kirchenfragen zu findenden Beschreibung der Verhältnisse der evangelischen Kirche in der SBZ von 1949 im Blick auf die angelsächsischen Länder: „Die ökumenische Bewegung (Weltkirchenkonferenzen) wird besonders durch die angelsächsischen Länder gefördert. Die Politik der angelsächsischen Länder bedient sich der ökumenischen Bewegung zur Förderung ihrer Ziele.“ Die sogenannte Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten des ÖRK (CCIA) war 1946 gegründet worden und unterhielt von Anfang an formelle Beziehungen zu den Vereinten Nationen und ihren Unterorganisationen. Es gab enge Kontakte zwischen dem Ökumenischen Rat der Kirchen in Genf und den Vereinten Nationen. Die CCIA nimmt auch zu den UN-Erklärungen Stellung und hat sich etwa 1964 zu der UN-Erklärung über religiöse Intoleranz geäußert. Die heftigsten Kritiker einer wachsenden Politisierung der Ökumene bereits in den fünfziger Jahren waren Bischof Dibelius und Propst Asmussen, später auch Bischof Scharf und der EKD-Ratsvorsitzende Claß. Dies zeigte eine Analyse über die Politik der Kirchen der DDR, die am 22. Juli 1951 bei Willi Barth einging. Dort heißt es: „Es kann natürlich keinen Zweifel darüber geben, daß auch Dibelius eindeutig auf der Seite der amerikanischen Imperialisten steht.“ Schon 1961 schrieb Dibelius in einem Brief an den damaligen ÖRK-Generalsekretär Visser't Hooft: „Die Bereitschaft, sich der Diktatur des Herrn Walter Ulbricht zu unterwerfen und diese Unterwerfung theologisch zu begründen, fängt allmählich an, eine Ähnlichkeit mit gewissen deutsch-christlichen Entscheidungen zu gewinnen – nur daß sich die Fronten vertauscht haben und gerade solche uns jetzt predigen, 'den Kommunismus totzulieben', die seinerzeit ihre Existenz daran gesetzt haben, daß Jesus Christus der Herr sein müsse, nicht nur auf dem 'christlichen Sektor', sondern für das ganze Leben der Menschen.“ Propst Asmussen aus der Kirchenleitung